

Antrag

Initiator*innen: Tariq Kandil (LV Grüne Jugend Berlin)

Titel: Neue Fiskalpolitische Regeln

Antragstext

1 Neue Fiskalpolitische Regeln Das Vermögen in Deutschland ist extrem ungleich
2 verteilt (Vermögens Gini 81,6) Mittlerweile ist die Vermögensungleichheit in
3 Deutschland sogar ausgeprägter als in den VAE oder in Südafrika. Das ist nicht
4 nur langfristig eine Gefahr für die Demokratie, weil Geld sich in politischen
5 Einfluss ausdrückt, sondern auch weil gerade in Zeiten von Reallohnverlusten
6 dies auch eine große wirtschaftliche Ungerechtigkeit bedeutet, die direkt die
7 Grundbedürfnisse vieler Menschen berührt. So gibt 60% der Bevölkerung an nicht
8 weiter sparen können und 10% der Menschen hat aktuell einen Dispokredit.Und es
9 wird nicht besser. In den Jahren 2020 und 2021 fielen 81% Prozent des
10 Vermögenszuwachs auf das oberste 1%, während parallel jedes fünfte Kind, und
11 jeder vierte Erwachsene von Armut bedroht waren.Wahl in der Badewanne(ABB 1)Die
12 obere Grafik beschreibt die prozentuale Belastung durch direkte und indirekte
13 Steuer je nach Haushaltseinkommen. Diese Grafik zeichnet nicht das Bild, das
14 starke Schultern mehr tragen, obwohl dies die Basis eines sozialen Staates sein
15 sollte. Daraus ergeben sich gleich mehrere, aus progressiver
16 verteilungspolitischer Sicht sinnvolle Forderungen:

- Mehrwertsteuer auf Grundnahrungsmittel streichen

18 Diese Steuer belastet kleinere Einkommen überproportional, da diese relativ zu
19 ihrem Gesamteinkommen mehr für Lebensmittel ausgeben.

20 Da Fleisch und andere Umweltschädliche Produkte, auch Vergünstigungen erfahren
21 würden, muss hier mit einer deutlichen CO2-Steuer entgegengewirkt werden.Die
22 Mehrwertsteuersystemrichtlinie der EU erlaubt seit Frühjahr letzten Jahres die
23 Umsetzung dieser populären Forderung.Spanien hat seit Anfang des Jahres, die

24 Mehrwertsteuer auf Grundnahrungsmittel für ein halbes Jahr, als
25 Entlastungsmaßnahme, abgeschafft. Nun soll auch Deutschland, die finanziell
26 Schwächsten, dauerhaft entlasten.

- 27 • Abschaffung der Beitragsbemessungsgrenzen

- 28 • Wer Spitzenverdiener ist, zahlt in Deutschland für jeden Euro der über
29 dieser Bemessungsgrenze liegt weder, Arbeitslosenversicherung, noch
30 weitere Beträge in die Rentenkasse oder für die gesetzliche
31 Krankenversicherung. Das ist unsolidarisch und sollte kein Teil unseres
32 Steuersystems sein!

- 33 • Abschaffung des Ehegatten-Splitting

- 34 • Da aktuell Frauen in Deutschland, insgesamt 18% weniger als Männer
35 verdienen, und das niedrigere Einkommen durch das Ehegattensplitting höher
36 besteuert wird, ist dies ein systemischer Anreiz für Frauen, weniger, wenn
37 überhaupt, zu arbeiten. Das erhöht die wirtschaftliche Abhängigkeit der
38 Frau. Somit stärkt diese Regelung konkret das Patriarchat. Darüber hinaus
39 sollte die gesellschaftliche Debatte geführt werden, ob
40 Lebensgemeinschaften steuerrechtliche Privilegien erhalten sollten.

- 41 • Einkünfte aus Kapitalvermögen mit Einkommenssteuersatz besteuern

- 42 • Während der Reichensteuersatz bei 48% liegt, und somit Einkommen aus
43 Erwerbsarbeit diesem Steuersatz unterliegen, werden Kapitalerträge fix mit
44 25% besteuert. Das ist ungerechtfertigt und steigert die gesellschaftliche
45 Ungleichheit und gehört daher an den Einkommensteuersatz angepasst

46 ◦ Gewerkschaften stärken

47
48 Durch den mit der Agenda 2010 geschaffenen Niedriglohnsektor, und andere
49 rechtliche Schritte, wurden Gewerkschaften entschieden geschwächt. Die
50 Tarifbindung ist mit 50% auf dem niedrigsten Stand in der Geschichte der
51 Bundesrepublik. Gerade deswegen sind mehr Gewerkschaftsmitglieder
52 notwendig. Bindet man Arbeitslosenversicherungen an Gewerkschaften, steigt
53 der Organisationsgrad, dies gilt es umzusetzen

54
55 Geldadel Seid dem Wirtschaftswunder in den 50er und 60er Jahren in

56 Deutschland steigt die Quote an vererbten Vermögen, davon profitieren
57 aktuell insbesondere Männer in Westdeutschland. Diese Entwicklung lässt die
58 Analyse zu, dass Deutschland sich zu einer Geldfeudalgesellschaft
59 entwickelt. Diese fortschreitende Ungerechtigkeit muss gestoppt werden,
60 klar ist, dass dies nur über vermögensbetreffende Steuern geht. In
61 Deutschland werden zwar jährlich 400 Milliarden Euro vererbt, doch das
62 Hauptproblem sind massive Steuerschlupflöcher. Das Ergebnis ist, dass der
63 effektive Steuersatz bei Erbschaften unter 20 Millionen Euro bei 9% liegt
64 und der Steuersatz für Erbschaften über 20 Millionen Euro nur bei
65 lächerlichen 2,8%. Diese „Gestaltungsmöglichkeiten“ sind noch legal und
gehören dringend neuregelt. Einige wichtige Ansätze hierfür sind:

- 66 • bei Betrieben wird der Staat stiller Teilhaber. Das Unternehmen bekommt
67 die Möglichkeit über die kommenden Jahre, die Anteile zurückzukaufen
- 68 • Ist das vererbte Vermögen illiquide, müssen Wege gefunden werden, sollte
69 der Erbe nicht die Steuer bezahlen können, diese mit dem Erbe zu
70 begleichen. Häufig entfiel die Steuer in solchen Fällen bis jetzt!
- 71 • Dies würde zu einer weniger extremen Vermögensverteilung führen, ein
72 wichtiger Ansatz um Gerechtigkeitsempfinden und die Demokratie zu stärken,
73 und langfristig sozialen Unruhen und ein Erhöhen der politischen
74 Deprivation vorzubeugen.

75
76
77 Ich will Immos, ich will Dollars, ich will 100 Milliarden für... Die
78 aktuelle Schuldenbremse schränkt die Handlungsfähigkeit des deutschen
79 Staates massiv ein. Was bleibt, ist ein maroder Staat mit
80 heruntergewirtschafteter Infrastruktur, aber niedrigerem Schuldenstand. Und
81 das obwohl es keinen einzigen Hinweis darauf gibt, dass es einen realen
82 Zusammenhang zwischen Schuldenquote und Inflation gibt. Die Schuldenbremse
83 gehört abgeschafft!

84
85 Da wir unter einem gelben Finanzminister, und seinen Ideologien vorerst
86 nicht an den Punkt gelangen werden, sollten wir uns auf folgendes
87 konzentrieren:

- 88 • Schuldenbremse für das diesjährige Jahr aussetzen. Dies ist infolge des
89 Angriffskrieges gegen die Ukraine weiterhin zu rechtfertigen. Zudem würde
90 dies auch für die Länder die Investitionsbremsklötze lockern

- 91
- Firmen in staatlicher Hand gründen, die in die Erzeugung erneuerbarer Energien und Wohnungsbau investieren. Das würde nicht nur die Spannung aus den Märkten nehmen, sondern ist auch im Rahmen der Schuldenbremse, als Finanztransaktion möglich
- 92
- 93
- 94
- 95
- Altlastenbefreiung für Kommunen. Diese sind mit 60% an öffentlichen Infrastrukturkosten beteiligt. Gerade Kommunen unterliegen der besonders strengen Kommunalschuldenbremse. Wollen wir Fortschritt, muss diese Regel fallen
- 96
- 97
- 98
- 99
- 100
- 101
- 102
- 103 Langfristig setzen wir uns für eine Schuldenregel ein, welche
- 104 Zukunftsinvestitionen zulässt, jedoch von starren Schuldenregeln,
- 105 auch auf EU-Ebene, ablässt.

Begründung

Neue Fiskalpolitische Regeln

Das Vermögen in Deutschland ist extrem ungleich verteilt (Vermögens Gini 81,6) Mittlerweile ist die Vermögensungleichheit in Deutschland sogar ausgeprägter als in den VAE oder in Südafrika. Das ist nicht nur langfristig eine Gefahr für die Demokratie, weil Geld sich in politischen Einfluss ausdrückt, sondern auch weil gerade in Zeiten von Reallohnverlusten dies auch eine große wirtschaftliche Ungerechtigkeit bedeutet, die direkt die Grundbedürfnisse vieler Menschen berührt. So gibt 60% der Bevölkerung an nicht weiter sparen können und 10% der Menschen hat aktuell einen Dispokredit.

Und es wird nicht besser. In den Jahren 2020 und 2021 fielen 81% Prozent des Vermögenszuwachs auf das oberste 1%, während parallel jedes fünfte Kind, und jeder vierte Erwachsene von Armut bedroht waren.

Wahl in der Badewanne

Bild: https://www.diw.de/sixcms/media.php/37/Grafik_Kolumne_MFratzscher.png

Die obere Grafik beschreibt die prozentuale Belastung durch direkte und indirekte Steuer je nach Haushaltseinkommen. Diese Grafik zeichnet nicht das Bild, das starke Schultern mehr tragen, obwohl dies die Basis eines sozialen Staates sein sollte. Daraus ergeben sich gleich mehrere, aus progressiver verteilungspolitischer Sicht sinnvolle Forderungen:

- Mehrwertsteuer auf Grundnahrungsmittel streichen

Diese Steuer belastet kleinere Einkommen überproportional, da diese relativ zu ihrem Gesamteinkommen mehr für Lebensmittel ausgeben.

Die Mehrwertsteuersystemrichtlinie der EU erlaubt seit Frühjahr letzten Jahres

die Umsetzung dieser populären Forderung.

Spanien hat seit Anfang des Jahres, die Mehrwertsteuer auf Grundnahrungsmittel für ein halbes Jahr, als Entlastungsmaßnahme, abgeschafft.

Nun soll auch Deutschland, die finanziell Schwächsten, dauerhaft entlasten.

- Abschaffung der Beitragsbemessungsgrenzen

Wer Spitzenverdiener ist, zahlt in Deutschland für jeden Euro der über dieser Bemessungsgrenze liegt weder, Arbeitslosenversicherung, noch weitere Beträge in die Rentenkasse oder für die gesetzliche Krankenversicherung. Das ist unsolidarisch und sollte kein Teil unseres Steuersystems sein!

- Abschaffung des Ehegatten-Splitting

Da aktuell Frauen in Deutschland, insgesamt 18% weniger als Männer verdienen, und das niedrigere Einkommen durch das Ehegattensplitting höher besteuert wird, ist dies ein systemischer Anreiz für Frauen, weniger, wenn überhaupt, zu arbeiten. Das erhöht die wirtschaftliche Abhängigkeit der Frau. Somit stärkt diese Regelung konkret das Patriarchat. Darüber hinaus sollte die gesellschaftliche Debatte geführt werden, ob Lebensgemeinschaften steuerrechtliche Privilegien erhalten sollten.

- Einkünfte aus Kapitalvermögen gerecht besteuern

Während der Reichensteuersatz bei 48% liegt, und somit Einkommen aus Erwerbsarbeit diesem Steuersatz unterliegen, werden Kapitalerträge fix mit 25% besteuert. Das ist ungerechtfertigt und steigert die gesellschaftliche Ungleichheit und gehört daher an den Einkommensteuersatz angepasst

- Gewerkschaften stärken

Durch den mit der Agenda 2010 geschaffenen Niedriglohnsektor, und andere rechtliche Schritte, wurden Gewerkschaften entschieden geschwächt. Die Tarifbindung ist mit 50% auf dem niedrigsten Stand in der Geschichte der Bundesrepublik.

Gerade deswegen sind mehr Gewerkschaftsmitglieder notwendig. Bindet man Arbeitslosenversicherungen an Gewerkschaften, steigt der Organisationsgrad, dies gilt es umzusetzen

Geldadel

Seid dem Wirtschaftswunder in den 50er und 60er Jahren in Deutschland steigt die Quote an vererbten Vermögen, davon profitieren aktuell insbesondere Männer in Westdeutschland.

Diese Entwicklung lässt die Analyse zu, das Deutschland sich zu einer Geldfeudalgesellschaft entwickelt. Diese fortschreitende Ungerechtigkeit muss gestoppt werden, klar ist, das dies nur über vermögensbetreffende Steuern geht.

In Deutschland werden zwar jährlich 400Milliarden Euro vererbt, doch das Hauptproblem sind massive Steuerschlupflöcher.

Das Ergebnis ist, dass der effektive Steuersatz bei Erbschaften unter 20 Millionen Euro bei 9% liegt und der Steuersatz für Erbschaften über 20 Millionen Euro nur bei lächerlichen 2,8%.

Diese „Gestaltungsmöglichkeiten“ sind noch legal und gehören dringend neugeregelt. Einige wichtige Ansätze hierfür sind:

- bei Betrieben wird der Staat stiller Teilhaber. Das Unternehmen bekommt die Möglichkeit über die kommenden Jahre, die Anteile zurückzukaufen
- Ist das vererbte Vermögen illiquide, müssen Wege gefunden werden, sollte der Erbe nicht die Steuer bezahlen können, diese mit dem Erbe zu begleichen. Häufig entfiel die Steuer in solchen Fällen bis jetzt!

Dies würde zu einer weniger extremen Vermögensverteilung führen, ein wichtiger Ansatz um Gerechtigkeitsempfinden und die Demokratie zu stärken, und langfristig sozialen Unruhen und ein erhöhen der politische Deprivation vorzubeugen.